

# Die Aufgabe der Akademien der Erwachsenenbildung in der Krise

Offener E-Brief vom 13. 7. 2009 für die Mitwirker der

Evangelische Akademie Loccum

(und an alle MitarbeiterInnen in der Erwachsenenbildung)

Tristan Abromeit

[www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de)

Text: 74.0

Text 74.1 Das freiwirtschaftlich Manifest  
Von Richard Batz

Text 74.2 "Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit"  
Anmerkungen zum „Gemeinsamen Kirchenwort 1997“  
Von Volker Freystedt

Text 74.3 Ausschnitt der Briefe aus einer Mailingliste zum Thema.

## Gedanken bei der Durchsicht des Halbjahresprogramms 2/2009

Für mich, der ich im Krieg und nach dem Zweiten Weltkrieg einer stark reduzierten Schulbildung ausgesetzt war, haben die Abendvolkshochschulen, die Heimvolkshochschulen und die Akademien der Erwachsenenbildung eine große Bedeutung gehabt. Ich bedauere, daß ich meine positiven Erfahrungen mit diesen Institutionen der Erwachsenenbildung nicht in eine Begeisterung meiner Kinder für diese Bildungseinrichtungen transformieren konnte. Aber jede Generation hat das Recht auf eigene Erfahrungen. Ich will deshalb nicht schmollen oder murren, wüßte nur gerne, ob es anderen Vätern mit ähnlichem Hintergrund genauso mit ihren Kindern ergeht.

Ich selbst bin tagungsmüde geworden, das liegt zum Teil am Alter, aber zum Teil auch daran, daß die konfessionellen und politischen Akademien sozusagen nur noch mit gebremsten Schaum waschen. Mir scheint, die Akademien sind nicht mehr die Orte der Ortsbestimmung in der Gegenwart und nicht mehr Zusammenkünfte engagierter Bürger zur Enddeckung und Entwicklung von gesellschaftlichen Zukunftsentwürfen. Die (scheinbare) Überwindung des

Gegensatzes von Kapitalismus und Kommunismus durch Auflösung des letzteren und die Abhängigkeit der Akademien von Finanzierungsquellen – die Ausgewogenheit diktieren und wenig an Erkenntnisfortschritt interessiert sind - hat auch die Ev. Akademie Loccum<sup>1</sup> – so scheint mir – brav und bieder und damit für die politische Bildung überflüssig gemacht. (Diese Aussage ist mehr eine Fragestellung als ein sicheres Urteil.) Von der scheinbaren Überwindung der ökonomischen Gegensätze ist berechtigt zu reden, weil nach dem Untergang des real existierenden Sozialismus der Gegensatz von Marktwirtschaft und Kapitalismus viel deutlicher wird. Der von Marxisten geprägte Begriff Stamokap hat ja nach wie vor seine Berechtigung. Nur darf man da nicht den gleichen Fehler vieler Linker und Rechter machen, indem man die Begriffe Marktwirtschaft und Kapitalismus als Synonyme verwendet. Die Linken setzen die Begriffe gleich, um mit dem Kapitalismus die Marktwirtschaft zu diskreditieren und die Rechten betreiben diese Verschleierung um den Kapitalismus zu retten.

Etwas anderes ist hinzu gekommen, nämlich das Internet. Bevor es das Internet gab, hatte der Bürger / die Bürgerin nur eine minimale Chance einer Gegeninformation zu jenen, die auf ihn / ihr durch die Dauerberieselung durch die politische Herrschaft, die Massen-Medien und die Kanzelredner einwirkten, unterzubringen. In den Institutionen der Erwachsenenbildung waren die Ströme von Information und Gegeninformation zwar auch nie ganz ausgeglichen, aber wesentlich näher am Gleichgewicht zwischen Informationen geben und nehmen als in den Massenmedien. Wer also glaubte, etwas mitteilen zu können oder zu müssen, der fuhr zu einer Tagung, weil bei hundert Tagungsteilnehmern sich zu jedem Tagungsabschnitt wohl 10 Wortmeldungen von Teilnehmern unterbringen ließen, so daß für jeden Tagungsteilnehmer rechnerisch eine Chance bestand innerhalb der Tagung einmal berücksichtigt zu werden. Heute bietet das Internet bessere Chancen. Jeder, der will, findet zu ganz speziellen Themen Gesprächspartner mit selbst gesetzten Redeintervallen. Das Internet hat also einen Verlust an Attraktivität der Akademien auch dort bewirkt, wo sie den Qualitätsstandart halten konnten. Wenn die Akademien ihre Brückenfunktion zur Überwindung nationaler, sozialer, religiöser, politischer und wissenschaftlicher Gräben beibehalten oder wieder erlangen wollen, dann müssen sie ihren Bedeutungsverlust durch eine radikalere Offenheit ausgleichen. Das schreibt sich leicht, läßt sich aber nicht leicht realisieren, weil dabei häufig der

1 1957 auf einer Exkursion vom Internationalen Freundschaftsheim aus, wo ich als *Freiwilliger* war, habe ich zum ersten Mal die Ev. Akademie Loccum zur Kenntnis genommen. Wenn ich mich richtig erinnere, hatte ich damals den Eindruck, daß das Geld eher zu den Institutionen fließt, die mit dem Wind der Macht segeln, als gegen diesen Wind kreuzen. Und der Wind stand für das christlich-jüdische-pazifistische-weltoffene-undogmatische Freundschaftsheim nicht günstig.

Erwartungsdruck der Träger und Finanzierer der Akademien ignoriert werden müßte. Ob die Fähigkeit zum Widerspruch oder Abweichung bei der Personalselektion vorgesehen ist, weiß ich nicht. Ich gehe aber mal zu Gunsten der jetzigen Mitarbeiter der Akademien davon aus, das diese Fähigkeiten mit entscheidend für ihre Wahl waren.

### Unsere Wirtschaftskrise, die auch eine Krise der Gesamtordnung ist!

Nun haben wir eine besondere ökonomische Krise (die ja auch eine Sinnkrise ist). Alle Medien berichten darüber und die Menschen erfahren es häufig auch aus unmittelbarem eigenen Erleben. Auch wenn die Programmgestaltung einer Akademie einen Vorlauf von einem ½ Jahr – oder mehr - hat, ist es enttäuschend, daß sich die ökonomische Wirklichkeit so wenig in dem zweiten Halbjahresprogramm der Ev. Akademie Loccum widerspiegelt. In den Tagungen (50) „Die gesellschaftliche Verantwortung des Managements und unternehmerischen Handelns“, (69) „Maritime Wirtschaft und regionale Strukturpolitik in Krisenzeiten“ und in (71) „Wie geht es weiter nach Transfer-21“ läßt sich die Ökonomiekrise wohl etwas mit diskutieren, aber wo sind die großen Loccumer Tagungen zur Ökonomie geblieben, die noch Jahrzehnte nach ihrer Durchführung ihren Widerhall hatten? Und was haben die Akademien vermittelt, als unsere Verfassungsorgane in der Vereinigungsphase der beiden deutschen Republiken - gedeckt durch die demokratischen Parteien - das Grundgesetz verraten haben und Juristen durch Interpretationstechnik den Verrat in Legalität umgemünzt haben?

### Die Unsicherheit fördert zentralistische, autoritäre Strukturen

Es geht heute um mehr als nur um ein paar Prozentpunkte beim Abbau der Arbeitslosenzahlen und um eine geringere Schieflage der Finanzen. Nachdem den Menschen Jahre lang der Kapitalismus als Marktwirtschaft verkauft wurde, haben sowohl die Politik wie auch die Bürger wieder eine zunehmende Neigung zur Zentralverwaltungswirtschaft. Es ist einfach so, daß ohne Aufklärung die Menschen bei zunehmender sozialer Unsicherheit die Neigung haben, die Sicherheit gegen ihre Freiheit einzutauschen. Diese Unsicherheit wurde in der Weimarer Republik von den Demokraten produziert und dann von den Nazis für ihre Machtergreifung genutzt. Wir wissen heute nicht, wann sich die scheinbare Gelassenheit (oder ist es Gleichgültigkeit?), die zu beobachten ist, in eine unkontrollierbare Rebellion wandelt. Verhindert werden kann eine solche Rebellion nur durch eine ehrliche, offene und rechtzeitig Aufklärung mit Zukunftsperspektiven. Dieser Aufklärung muß eine Selbstaufklärung der Aufklärer vorangehen. Es genügt nicht wenn die Bischöfe der Kirchen ein Wort zur

Situation sprechen und es genügt nicht, wenn die Akademien die Problemlage unter „ferner liefern“ behandeln.

### Der Irrweg der Kirchenführer

Es ist ja noch nicht lange her, daß die Kirchenführer glaubten, durch Gründung von Stiftungen die Finanzprobleme ihrer Kirche lösen zu können. Entgegen der biblischen Weisheit und der alten kirchlichen aber verratenen Tradition sahen die Berufschristen im Zins ihr Manna der heutigen Zeit. Sie wollten nicht hören, daß die Zinserträge ihrer Stiftungen nicht von den Reichen, sondern von den Armen kommen. Hier paßt: „Gottlob, sie wurden eines besseren belehrt!“ Die oldenburgische Landeskirche soll ja besonders viel Lehrgeld bezahlt haben. Aber haben sie wirklich gelernt? Oder meinen sie, daß 25% Rediten, von denen der Deutsche-Bank-Chef redet, unverschämt seien, aber 7 oder 5% seien angemessen? Aber was nun? Soll der Tanz um das *Goldene Kalb* weiter gehen? Es ist ein Tanz des Sichelmannes, denn der Wiederhall dieser lautlosen Musik bedeutet bei uns Unsicherheit und Armut, an anderen Stellen unseres Globus aber ein Massensterben, pro Jahr mehr als in der ganzen Zeit der Naziherrschaft, sagt Jean Ziegler („Die neuen Herrscher der Welt ...“). Die Schuld, die wir Deutschen uns in der Nazizeit aufgeladen haben, drückt uns noch heute. Die Schuld, die wir uns nach der Nazizeit aufgeladen haben, kann uns erdrücken. Dabei ist es doch so, daß das Böse selten durch einen bösen Willen in die Welt kommt, sondern viel öfter durch unsere Denkfaulheit und durch die Neigung uns und unsere Institutionen aus dem Streit des Alltags herauszuhalten.

### Von welcher Basis aus argumentiere ich?

Nun, die mich kennen, wissen, daß ich weder ein Christ noch ein Antichrist bin, und daß ich vor vielen Jahren die Freiwirtschaftsschule kennen gelernt habe, die weder in den Sonntagsschulen noch an den Universitäten gelehrt wird (wurde?) und in den Akademien bestenfalls unter „ferner liefern“, auf den Kirchentagen nur als Gast im Markt der Möglichkeiten aber nicht im Hauptprogramm geduldet wurde. An der Empfehlung in dem berühmten Lied von Franz Josef Degenhardt

*Spiel nicht mit den Schmuddelkindern,  
sing nicht ihre Lieder.  
Geh doch in die Oberstadt,  
mach's wie deine Brüder,*

*so sprach die Mutter, sprach der Vater, lehrte der Pastor.*

halten sich auch die auf Reputation bedachten Institutionen. Mit den Schmuddelkindern der Nationalökonomie – so will ich hier mal erfahrene Urteile über die Freunde der Natürlichen Wirtschaftsordnung charakterisieren - kann man sich bestenfalls als Klienten einlassen, aber doch bitte schön nicht auf gleicher Augenhöhe. Aber ich habe ja einen Trost, die Erneuerung in der Ökonomie – wie in allen Verfahren und Institutionen – kommt von Ausreißern oder Rebellen aus der Oberstadt oder durch die Kreativität der Bewohner der Unterstadt.

„Degenhardt ist ein Cousin des 2002 verstorbenen [Paderborner Kardinals Johannes Joachim Degenhardt](#), der für seine sehr konservative Haltung innerhalb der katholischen Kirche bekannt war,“ heißt es in Wikipedia. Er hätte meiner Meinung nach nicht in den Marxismus fliehen müssen, wenn er den freiheitlichen Weg der Freiwirtschaft zu mehr Gerechtigkeit hätte kennen lernen können. Unsere politische Klasse, zu der auch Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände und Kirchen gehören, erzeugen ihre Feinde eben selber.

Einer der aus der Oberstadt vorsichtig zu den Leuten in der Unterstadt runter rief, war der verstorbene Bischof D. Kurt Scharf. Auf dem Kirchentag 1985 in Düsseldorf sprach er über „Die Botschaft der Bibel / zu 3. Mose 25, 1- 13 in der Dietrich-Bonhoeffer-Kirche (Friedenszentrum Garath) wie folgt:

Als ich als Gemeindepfarrer im April 1933, noch von der »alten Kirchenleitung«, aus der Ackerbürgerstadt Friesack in der Mark nach Oranienburg-Sachsenhausen versetzt wurde, fand ich in Oranienburg nicht nur - am Rande der Stadt - eins der ersten Konzentrationslager vor in einer ehemaligen Brauerei, sondern auch den Ortsteil Oranienburg-Eden, der nach 1918 entstanden war. Das KZ war Symbol der neuen »Herrschaftsstruktur«, der totalen Versklavung des Menschen. Die Siedlung Eden war der Versuch, in einem Modell - zeichenhaft - wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit des Menschen von anonymen oder auch benennbaren Mächten und Personen entgegenzuwirken. Eden war in einer Zeit der Not und des Umbruchs nach dem Ersten Weltkrieg gegründet worden von Anhängern der Bodenreform Adolf Damaschkes, von Silvio Gesell, dem Finanztheoretiker des »Freilandes« und des »Freigeldes«, aber auch von bibelgläubigen Juden und Christen, die die Anweisungen des mosaischen Gesetzes in unserer Gegenwart und unserem Lande verwirklichen wollten. Die Thesen der Bodenreform und des Freilandes richteten sich gegen die Bodenspekulation, gegen die unverdienten Gewinne von Besitzern günstig gelegener Grundstücke und die Verarmung breiter, vom Grundbesitz ausgeschlossener, arbeitender Bevölkerungsgruppen, die Thesen des Freigeldes, des »Schwundgeldes« von

Silvio Gesell gegen den Kreditkapitalismus. In der Wirtschaftskrise nach dem Ersten Weltkrieg wurden die Thesen beider in den Parteien und an den Universitäten leidenschaftlich diskutiert. Wir jungen Studenten, gerade auch wir Theologiestudenten drängten auf ihre Verwirklichung. Die Inflation mit ihrem irrsinnigen Tempo der Geldentwertung von Tag zu Tag sprunghaft auf ein Zehntel, ein Hundertstel, ein Tausendstel der Kaufkraft wurde von uns als der ungesteuerte, explosiv-automatische Durchbruch der versäumten »Schwundgeld«-Konzeption Gesells empfunden. Die »Rentenmark«, durch die die Inflation beendet wurde, stützte sich auf den Bodenwert, den die Bodenreform im Blick hatte. Die vom biblischen Denken bestimmten Mitbegründer der Kolonie Eden wagten dies Experiment nicht nur, weil sie es für vernünftig und human hielten, sondern eben, weil sie die Grundregeln dafür als von Gott gegeben ansahen. Das Land in Eden, der Grund und Boden, war Gemeineigentum, gehörte der Gesamtheit der Bewohner. Der einzelne erwarb sein Grundstück nur in Erbpacht. Über die Aufteilung des Bodens und bestimmte Einrichtungen allgemeiner Wohlfahrt entschied die Versammlung aller Einwohner. Diese Ordnung hat Bestand gehabt. Sie ist Modell geworden für Landreformen in vielen Ländern und Erdteilen. Sie ist auch pervertiert worden. Das Modell selbst in Oranienburg hat das »Dritte Reich« überdauert. Seine Ordnung gilt weiterhin auch heute in der DDR. Ich habe diese persönliche Erfahrung aus meiner Jugend so ausführlich geschildert, um von vornherein zu zeigen: Illusionär sind die Vorschriften unseres Textes nicht. Sie lassen sich modifiziert praktizieren, nach Zeitverhältnissen und örtlichen Gegebenheiten modifiziert. Sie lassen sich vielleicht sogar stärker noch als in Oranienburg-Eden wortgetreu gebunden an die ursprüngliche biblische Weisung befolgen. Das moderne Israel hat sie - dem Grunde nach - zum Gesetz der neuen Landnahme gemacht.

(Den weiteren Text von Bischof Scharf findet man in meinem Text 22.1

„Das Boden(un)recht“

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/Das%20Boden%28un%29recht%20Teil%20I.pdf>

### Hintergrundwissen ist für eine erfolgreiche Tagung notwendig.

Eine aussagefähige Akademietagung zur Ökonomie läßt sich sicher nicht nur mit Bibeltexten bestreiten. Inzwischen können auch von freiwirtschaftlicher Seite Hochschulprofessoren zum Thema eingesetzt werden, aber auch andere qualifizierte Referenten. Zur Einstimmung verweise ich mit Links auf aktuelle Texte a) „Gebühr auf Geld statt negative Leitzinsen“ von Klaus Popp

<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/30/30665/1.html>

und auf meinen Text Nr. 73.0 „Stellungnahme zu: „Negative Leitzinsen – das Udenkbare denken“ unter [www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de). Im Anhang bzw. in der Text-Dokumentation bringe ich den Text "Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit" / „Anmerkungen zum „Ge-

meinsamen Kirchenwort 1997“, von Volker Freystedt. Es ist auch zweckmäßig sich eine Auswahl der vielen alten und neuen Buchtitel zur oder über die Freiwirtschaft zu besorgen. Mit ein paar Suchbegriffen findet man im Internet zahlreiche Präsentationen von Organisationen oder Einzelpersonen, die auf entsprechendes Informationsmaterial verweisen. Die Gesammelten Werke von Gesell gibt es auf einer CD-ROM, die im Gauke Verlag erschienen ist.

Aus Kanada erhielt ich eine Anfrage von einer Frau. Sie hatte den Namen ihres verstorbenen Vaters in einem Themenverzeichnis zu der untergegangenen Zeitschrift „Die Gefährten“ auf meiner Internetseite in der Rubrik „kleine freiwirtschaftliche Bibliothek“ gefunden. Ich habe das Heft und ein weiteres, auf das sich der Autor bezog, eingescannt und per E-Mail-Anhang auf den Weg gebracht. Ich erwähne das, weil es auf die zeitliche Dimension der Freiwirtschaft verweist. Seit dem Beginn des vorigen Jahrhunderts versuchen BürgerInnen unterschiedlicher Herkunft und Berufe ihr freiwirtschaftliches Wissen in den kollektiven Meinungsbildungs- und Erkenntnisprozeß unserer Gesellschaft einzubringen.

Da sich bei lange dauernder Erfolglosigkeit von selber Zweifel einstellen, ob man denn das Richtige vertritt, ist die Überprüfung der hier noch gesellschaftlich ungenutzten Erkenntnisse immer wieder überprüft worden. Es haben sich auch in der Freiwirtschaftsschule Widersprüche (z.B. beim Giralgeldthema) ergeben, aber die Grundaussagen werden immer wieder bestätigt. Da X Zeugnisse freiwirtschaftlichen Wirkens aus über 100 Jahren vorliegen, sind ihre Vertreter auch politisch und in ihren humanitären Zielsetzungen überprüfbar. Beim Einscannen der oben erwähnten Hefte las ich in dem Heft 15 vom Juli / Aug. 1947 in einem Beitrag von Richard Batz den Satz: „In dem von mir bereits im Jahre 1943 verfaßten freiwirtschaftlichen Manifest heißt es unter ‘Übergangsmaßnahmen’: ...“ Da es mehrere Manifeste in der Freiwirtschaft gibt, habe ich in einer E-Mail-Liste angefragt, wer das Manifest von Richard Batz kennt. Josef Hüwe aus Berlin hat mir dann das von Batz formulierte Manifest zugesandt. Diese Ausgabe ist ohne Jahreszahl erschienen. Da aber noch die Forderung nach gleicher Papiermengen zuteilung der konkurrierenden politischen Gruppen aufgestellt wurde, dürfte die Veröffentlichung vor der Währungsreform liegen. Dieser Text dürfte gegenüber der Fassung von 1943 sicher aktualisiert worden sein, aber nicht wesentlich von ihm abweichen. Eine Chance zur Veröffentlichung und Diskussion hat es 1943 während des Krieges und unter der Naziherrschaft bestimmt nicht gegeben<sup>2</sup>. Ich habe die-

2 Ein anderes freiwirtschaftliches Manifest ist um diese Zeit als Gruppenarbeit in heimlichen Treffen entstanden.

ses Manifest ebenfalls eingescannt, damit nach geprüft werden kann, was Freiwirtschaftler unter NS-Herrschaft gedacht und nach dem Krieg gewollt haben. Der Freiwirtschaftsbund hat dann nach dem Krieg Tagungen zum Neubeginn und Wiederaufbau Deutschlands durchgeführt. Die Tagungsprotokolle tragen die Titel „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“ und „Das Programm der Freiheit“. Aus diesen Tagungen ist dann unter besonderer Mitwirkung von Otto Lautenbach die Aktion Soziale Marktwirtschaft hervorgegangen. Hier kam es zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen dem Ordoliberalismus und Freiwirtschaft, die durch den frühen Tod wesentlicher Akteure und durch diejenigen unterbrochen wurde, die unter der Firmierung „Soziale Marktwirtschaft“ den Kapitalismus wieder installieren wollten. Ich vermute dabei gar keine böse Absichten, als vielmehr mangelnde Einsichten in die unterschiedlichen Begriffsinhalte von Marktwirtschaft und Kapitalismus. Jedenfalls die in „Magna Charta ...“ formulierten „Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaft“, die freiwirtschaftlich geprägt waren, haben die volle Zustimmung von Ludwig Erhardt bekommen. Aber Erhardts freiwirtschaftliche Ausrichtung – so in einem Spiegel-Bericht aus den 50er Jahren – stießen auf Widerstand.

Erhard ist auch nicht an der Opposition gescheitert, sondern an der CDU, FDP und der Lobby des Kapitalismus. Zur Geschichte des Zusammenwirkens von Ordoliberalismus Freiwirtschaft gibt der Zeitzeuge und Mitwirker Ernst Winkler im Heft 273/4 der *Fragen der Freiheit* Auskunft. ([www.SffO.de](http://www.SffO.de)) Als ich mich traute Erhard in der Tagung „25 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ in Loccum anzusprechen und sagte, daß ich meine Kritik marktwirtschaftlich begründen würde, sagte er, das wird auch Zeit. Man darf nicht vergessen, die politische Opposition war mit großer Mehrheit antimarktwirtschaftlich eingestellt. Und heute sorgen die Akteure der Politik aus der ersten Reihe, die gerne den Begriff *Soziale Marktwirtschaft* in den Mund nehmen dafür, das ein Hoffnungsversprechen wieder zum Feindbild wird.

### Hüten wir uns vor moralischen Beruhigungspillen

In den E-Mail-Beiträgen zum Thema – die ich als Anhang (Texte 74.3) veröffentliche - wird darauf hingewiesen, daß unsere Ökonomie mörderisch ist. Und dieser Tatbestand würde von den Kirchenleitungen übersehen. Das stimmt nicht ganz, denn heute morgen beim Aufräumen von Zeitungen fällt mir auch der örtliche Gemeindebrief in die Hand und ich lese die Anzeige für „50 Jahre Brot für die Welt“. Dort wird einleitend richtig festgestellt: „Es ist genug für alle da“. Und dann heißt es: „Alle fünf Sekunden verhungert in der Welt ein Kind unter zehn Jahren.“ Diese Bemühungen und die tatsächliche Hilfe, die durch diese Aktion

und von den Mitwirkern in der Organisation geleistet wird, soll man gar nicht klein reden. Aber tatsächlich läuft eine Organisation, die hilft Leiden zu lindern, aber nicht die Wurzel des Übels bekämpft, in Gefahr zu einer Beruhigungsspielle des schlechten Gewissens zu werden.

Aufgehoben habe ich mir auch einen Ausriß aus der HAZ vom 9. Juli 2009 mit dem Artikel „Der gläserne Gläubige / Er war Gotteskämpfer und zugleich Begründer der Demokratie: Vor 500 Jahren wurde der Reformator Johannes Calvin geboren – der wohl widersprüchlichste Geist seiner Zeit“ von Simon Benne. Max Weber, die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus werden auch erwähnt. Der Text, der mich im Zusammenhang mit mein Thema direkter interessiert, ist folgender:

Calvin selbst kann ohnehin niemand als Schirmherrn des Liberalismus vereinnahmen. Denn mehr noch als den Kapitalismus beförderte Calvin dessen Zählung: „Von Armen darf kein Zins genommen werden“, forderte er. Er förderte Mikrokredite für Bedürftige, wettete gegen Spekulation und Habsucht. Immer wieder verurteilte man in Genf Wucherer zur Höchststrafe der Exkommunikation. Zugleich begründete Calvin ein effizientes Sozialsystem; die Versorgung von Kranken und Alten wurde für Calvinisten Teil des Bürgerbewusstseins.

Hier ergeben sich folgende Fragen: War Calvin ein Förderer der Marktwirtschaft oder des Kapitalismus. Wenn nur nicht von den Armen kein Zins genommen werden durfte, dann müßte - um der Rechtssicherheit willen - eine eindeutige Klassifizierung der Bevölkerung in Arm und Reich gegeben haben. Ist das der Fall? Bei dem effizienten Sozialsystem ist die Frage: Hat Calvin in den Formen der heutigen staatlichen Zwangskollektiven oder in selbstverantworteten und verwalteten genossenschaftlichen Absicherungen gedacht? Die Strafen für die Wucherer deuten darauf hin, daß die Zinsnahmeverbote noch voll wirksam waren. Wucher und Zins waren damals noch synonyme Begriffe. Die Feststellung, daß das Zinsnahmeverbot nicht konsequent durchsetzbar war und mit der Zeit ohne offizielle Aufhebung nicht mehr beachtet wurde, darf nicht dazu verführen, den Wirkungsmechanismus des Zinses zu verharmlosen und als nicht lösbar hinzustellen. Soweit der Zins von der Freiwirtschaft bekämpft wird, geht es nicht mehr um Zinsnahmeverbote, sondern darum, daß der marktwirtschaftliche Wettbewerb auch bei dem Preis für die Überlassung von Liquidität voll greift. In Kurzform: Die Preisfunktion des Zinses soll erhalten bleiben und die Ausbeutungsfunktion des Zinses soll aufgehoben werden. Bei den Kirchen geht es bei diesem Thema auch darum, ihren Glaubwürdigkeitsverlust zu stoppen und mittels Tat das Hohngelächter zu unterbinden,

wenn sie sich heute als Fachinstitution für Ethik anbieten.

### Wo verlaufen die Konfrontationslinien in der Ökonomie-Theorie?

Im ZEIT-MAGAZIN Nr. 19 vom 30.4. 2009 ist ein Bericht von Nina Pauer erschienen unter dem Titel: „Mein Date mit Marx“ Pauer schildert ihre Schwierigkeiten, die sie hatte, um sich Marx einzulassen. Im letzten Absatz heißt es:

Abends zu Hause. Kapital statt Tatort. Karl Marx beschreibt Leute, die durch Reformen das System verbessern wollen. Heute würden wir sie »pseudo« nennen. Leute, die eigentlich nichts ändern wollen, Hauptsache, ihnen selbst geht es gut. Er höhnt: Sie »stellen sich die Welt, worin sie herrschen, natürlich als die beste Welt vor.« Ich fühle mich ertappt. Wenn der dicke rosa Wälzer es schafft, innere Unruhe auszulösen und mir merkwürdig nahe zu kommen, dann kann Marx so tot noch nicht sein. Den Satz von den »Proletariern aller Länder« werde ich zumindest nicht mehr selbstgefällig als Floskel aus dem Geschichtsbuch abtun können. Was ist, wenn ich ihn als eine Aufforderung lese? An ein »Wir«, das für eine gemeinsame Sache aufstehen soll? Würde das heute noch irgendjemand tun? Wenn ja, wofür? Und wer wäre dann »Wir«? In der Woche danach lese ich wieder Zeitung. Mit dem Unterschied, dass mir Marx' Fragen jetzt immer mal wieder wie Pop-ups entgegenspringen. Und ich klicke sie nicht weg.

Erst einmal zu der Frage Revolution oder Reform: Das Ergebnis einer Revolution ist nicht planbar. In und unter der Revolution sterben und leiden viele Menschen, die nichts mit der Revolution am Hut haben. Man kann auch sagen, daß die Revolution die verpaßten Reformen sind. Reformen sind aber nur dann sinnvoll und akzeptabel, wenn sie nicht ein Zurück oder Verharren in untauglichen Strukturen bedeuten. Die Freiwirtschaft setzt auf Reformen im Sinne von Evolutionen.

Bei Marx-Kennern wie z.B. Rudolf Bahro habe ich gelesen, daß Marx gar keinen ökonomischen Zentralismus wollte. Daß die Marxisten dann eine ausgeprägte Neigung zur Zentralverwaltungswirtschaft hatten und haben, hängt wohl damit zusammen, daß a) Marx keine Lösung für die ökonomischen Probleme formuliert und b) für Intellektuelle eine Planwirtschaft leichter vorstellbar ist und durchführbar scheint. Das Merkwürdige daran ist, daß die Vergewaltigung des Individuums als Bestandteil von zentralistischen Systemen nicht gesehen wird. Gesehen werden kann offensichtlich auch nicht, daß die Prozesse in der Marktwirtschaft kein planloses Chaos ist, sondern eine kybernetische Selbstregulierung. Diese Selbstregulierung reagiert aber auf fehlerhafte Systemelemente prompt mit Fehlleistungen in

potenzierter Form.

Wenn Gesell sich auch in einem Gegensatz zu Marx gesehen hat – vermutlich mehr auf die Wahrnehmung der Marxisten als auf Marxens Werk reagierend – so gibt es durchaus Übereinstimmungen von Marx und Gesell. Aber Gesell ist ohne wenn und aber den dezentralen, marktwirtschaftlichen Lösungsweg gegangen und damit – wie sich für ihn herausstellte – Pierre-Joseph *Proudhon*, dem Gegenspieler von Marx, gefolgt.

Die scheinbar geringen Änderungen im System, die die Freiwirtschaft fordert, erscheint den Vulgärmarxisten lächerlich. Als Verteidiger der Marktwirtschaft erscheinen die Freiwirtschaftler als Renegaten und mit ihrem Anspruch, den Kapitalismus besser zu erklären als der Marxismus, erscheinen sie als anmaßende Illusionisten, die es jederzeit und überall zu bekämpfen gilt. Da diese Marxisten aber in einer Sachdiskussion, in einer Auseinandersetzung mit der Freiwirtschaft nicht bestehen können, greifen sie zu Verleumdungen und Verdrehungen, dessen, was die Freiwirte wollen, üben sie sich in Ehrabschneiderei. Aber das eigentliche Problem sind für die Freiwirtschaftler nicht die Marxisten – unter ihnen sind solche, mit denen sich erfreulich kommunizieren läßt -, sondern jene, die glauben die Hüter der Marktwirtschaft zu sein, den Begriff Soziale Marktwirtschaft ständig im Munde führen – aber Kapitalismus + Soziale Sicherung nach dem Prinzip der Zentralverwaltungswirtschaft meinen – aber durch ihre partielle geistige Blindheit verhindern, daß das System mit voller sozialer Wirkung zum Laufen kommt. Die Freiwirtschaft hat keine großen Schwierigkeiten mit den scheinbar gegensätzlichen Theorienschöpfern John Maynard Keynes und Milton Friedman aber durchaus mit den Vertretern dieser Schulen, die die Mängel in ihrer Theorie nicht erkennen wollen.

### Welche Form der Klärungsversuche ist angemessen?

In Anbetracht, daß die Freiwirtschaftsschule eher unterdrückt als gefördert wurde, ist es nicht verwunderlich, daß sie manchmal in sektiererische, überheblicher oder stümperhafter Form vertreten wird. Da es aber mit der Freiwirtschaftsschule inhaltliche Überschneidungen mit allen anderen bekannten Ökonomieschulen gibt und ihr Ökonomieansatz auf eine sanfte Veränderung der ökonomischen Wirklichkeit zielt, ist eine Tagungsform mit einem versöhnlichen Klima in Offenheit und gegenseitigen Respekt angebracht.

Es darf aber auch nicht übersehen werden, daß eine streitbare Auseinandersetzung durchaus dem Erkenntnisfortschritt dienen kann. In einer solchen Situation haben die VertreterInnen der Freiwirtschaftsschule - die auch noch unter anderen Bezeichnungen<sup>3</sup> agieren – keinen

<sup>3</sup> Siehe Anhang bzw. Text 74.3, Seite 2

Grund, sich als Vertreter der Unterstadt zu schämen. In einer Kampfsituation wird es auch genügend Vertreter der Natürlichen Wirtschaftsordnung geben, die ohne Sicherungsnetz auf das Hochseil der theoretischen und politischen Auseinandersetzung steigen.

### Ein Wort zum Schluß

Die drei Anhänge bzw. Dokumentationen sind selbständige Arbeiten und ich betrachte sie als genauso wichtig, wie meine Zeilen, die ich hier beende. Da ich schon viel für den Papierkorb geschrieben habe, habe ich überlegt, ob ich meine Wunsch-Mitleser hier namentlich benennen soll, um dadurch meinen Bemühungen ein Mindestmaß an Aufmerksamkeit zu sichern. Aber für mein Anliegen die Form des Offenen Briefes zu wählen ist schon Druckmittel genug. Entweder ist mein Schreiben der scheinbar unwirksame Tropfen, der den Stein höhlt oder er erzielt eine größere Wirkung, weil sich viele andere Menschen im Inhalt und der Form meines vorgetragenen Anliegens vertreten fühlen.

Ich verbleibe mit Respekt vor allen Zeitgenossen, die sich um die Klärung unserer ökonomisch-gesellschaftlichen Probleme bemühen und vor der Arbeit, die in der Evangelischen Akademie Loccum und an anderen Orten der Erwachsenenbildung<sup>4</sup> geleistet werden. Ich hoffe, daß mein Schreiben nicht nur für die Mitwirker in der Evangelischen Akademie Loccum Anregungen enthält.

Es grüßt

*Tristan Abromeit*

Für die Mitleser füge ich die Internetadressen der Ev. Akademie Loccum [www.loccum.de](http://www.loccum.de) und ihres Medienpartners vom NDR [www.ndrinfo.de](http://www.ndrinfo.de) ein. Andere Volkshochschulen, Heimvolkshochschulen, Akademien und ihre Verbände sind leicht mit einer Suchmaschine im Internet ausfindig zu machen.

N.S. Die Entwicklung der Erwachsenenbildung begann sicher nicht erst mit der Gründung von Volkshochschulen durch den dänischen Geistlichen und Dichter Nicolai F. S. Grundtvig (1783 – 1872), aber das, was wir heute Volkshochschulen nennen, nahm mit ihm seinen Anfang. Die Volkshochschulen wurden ursprünglich für die unterprivilegierte Landbevölkerung gegründet. Aber der Emanzipationsauftrag der Volkshochschulen / Akademien der Erwachsenenbildung ist immer noch die Hilfestellung bei der Emanzipation der Bürger. Mir scheint, dieser Auftrag kommt zu kurz. Bei der Suche nach einem Wort von Grundtvig im Netz, das ich als Motto benutzen könnte, bin ich auf eine Dissertation gestoßen, die vielleicht für Mitarbeiter der Erwachsenenbildung nützlich ist. Die ich deshalb hier benenne, obwohl ich sie nur angelesen habe.

<http://ub.unibw-muenchen.de/dissertationen/ediss/nandzik-torsten/inhalt.pdf>

<sup>4</sup> Es gab Zeiten, wo ich dankbar gewesen wäre, wenn man mir dort ein Hausmeisterposten angeboten hätte.